

Bergische Arbeiterstimme

Antifaschismus unter Ausschluss von Revolutionären - das geht gar nicht!

Was war los bei der Schülerdemo zum 20» Jahrestag des Solinger Brandanschlages

Bewegte Tage in Solingen: Anlässlich des 20. Jahrestags des faschistischen Solinger Brandanschlages demonstrierten am 25. Mai 2500 Leute und am 29. Mai 1.000 Schülerinnen und Schüler gegen Faschismus.

Schon im Vorfeld gab es heftige Debatten: 2012 hatte der CDU-Oberbürgermeister der Stadt Solingen, Feith, die gesamten Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Solinger Brandanschlages mit einem Stadtratsbeschluss ausgerichtet; Darin hatte er dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage verstärkte finanzielle Unterstützung durch die Stadt gewährt. Das wurde verbunden damit, dass dieses Bündnis künftig "*gegen jeden Extremismus*" ausgerichtet werden müsse. Unter seinem Dach wurde dann das gesamte Gedenk-Programm zentralisiert ausgerichtet - unter Ausschluss der linken Parteien und Organisationen in Solingen.

Die MLPD ist seit ihrer Gründung auch in Solingen eine der **aktivsten antifaschistischen Organisationen**.

Willi Dickhut, einer ihrer Gründer, war Repräsentant des proletarischen Widerstands in Solingen während des Faschismus und danach. MLPD und REBELL waren schon im Vorfeld und bei den antifaschistischen Aktivitäten unmittelbar nach dem Anschlag 1993 aktiv, ebenso zur Jahrestagsdemo 1994, gegen NPD-Stände oder das Auftreten von Pro NRW in den letzten 5 Jahren.

Es war deshalb **selbstverständlich, auch an der Schülerdemonstration teilzunehmen**: Das hat nichts mit Missbrauch oder partei-egoistischen Motiven zu tun, sondern hat einen Inhalt:

- **wichtige antifaschistische Losungen** wie "Verbot aller faschistischen Organisationen" und "keinen Fußbreit den Faschisten" bekannt machen
- die schmutzige Zusammenarbeit von Faschisten und Verfassungsschutz aufzudecken
- zu verdeutlichen, dass die Jugend revolutionär für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen muss, um mit dem **Kapitalismus die Grundlage des Faschismus** zu überwinden.

Der **Höhepunkt der Spaltung** war, dass vor der Schülerdemonstration am 29. Mai der MLPD und ihrem Jugendverband REBELL gedroht wurde, sie **gewaltsam, mit Polizei aus der Schülerdemo zu entfernen**, sollten wir mit Plakaten und Materialien auftreten.

MLPD und REBELL haben sich weder Drohungen noch Polizeieinsatz gefallen lassen und sind voll gegen diese Angriffe **in die Offensive gegangen!** Der Jugendverband REBELL konnte an diesem Tag erheblich gestärkt werden,

Was war genau passiert?

Die Schülerdemo sollte angeblich eine unpolitische Veranstaltung werden. Eine unpolitische Veranstaltung? Am Jahrestag eines faschistischen Brandanschlags, bei dem fünf Frauen und Mädchen ums Leben kamen? Ausgerechnet eine Schülerdemonstration mit Tausenden Schülern soll unpolitisch sein?

Zunächst wurde es so dargestellt, als sei dies eben der "Schülerwille".

Es zeigte sich aber immer deutlicher: Hier ging es nicht um die Interessen der Schüler, Dieses Vorgehen war gezielt lanciert und antikommunistisch motiviert. Die Hintergründe stellen die Tatsachen vom **Kopf auf die Füße**: Auch die Schülerdemonstration war offensichtlich an der "**langen Leine**" des **CDU Oberbürgermeisters organisiert**.

Die Demonstration war erst nach zahlreichen Gesprächen mit dem OB schließlich unter strengen Auflagen "genehmigt" worden. Zu den Auflagen gehörte offenbar, dass die Schulleiter den Schülern nur freigeben würden, wenn die Veranstaltung unpolitisch bliebe.

Manche berichteten, die Finanzierung der Demo durch die Stadt sei an diese Auflagen gebunden. Dieses "*Unpolitische*" sah dann so aus, dass die **Hauptrede bei der Kundgebung der CDU-Oberbürgermeister** hielt. Dann sprach die grüne Spitzenpolitikerin Sylvia Lohrmann, stellvertretende Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen.

Am Leittransparent des Demozugs vom Rathaus postierte sich - von den Medien entsprechend gewürdigt - der SPD Spitzenkandidat zur Bundestagswahl, Sven Wiera aus Remscheid. Auch die SDAJ profilierte sich im Vorfeld intensiv mit der Führung der Aktivitäten zu dem Sternmarsch. Von **unpolitisch oder "keine Parteien" kann also keine Rede sein**. "*Entpolitisiert*" sollte die Demonstration nur von Revolutionären von MLPD und REBELL werden.

Die **Hauptakteure gegen das Auftreten der MLPD** waren so folgerichtig die "*Beauftragten*" der Stadt Solingen, die über den Vorstand des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage in enger Zusammenarbeit mit dem CDU-Oberbürgermeister die Demonstration mit vorbereiteten. Sie traten dort als Ordner auf und hetzten gegen die MLPD.

Dazu gehören Norbert Schmelzer vom Bündnis für Toleranz und Zivilcourage und Tim Kronenberg.

Interessant, mit welchen Methoden die **Jugend am Gängelband** geführt wird.

So betonten beide zu Beginn der Demonstration, *die Jugendlichen hätten nun mal gewollt, dass hier keine Parteien auftreten, und das müssten wir doch akzeptieren*. Wir führten Gespräche mit annähernd jeder Schülergruppe, die an der Demonstration teilnahm. Über die Eindeutigkeit ihrer Reaktionen waren selbst wir überrascht: 95 % fanden völlig in Ordnung, dass Parteien auftreten, wendeten sich eindeutig dagegen, dass es bei einer solchen Demonstration Ausgrenzungen gab, fast 100 % nahmen unser Flugblatt mit dem Titel "**Keinen Fußbreit den Faschisten**". Von einer Ablehnung der Schüler kann also keine Rede sein!

Wie armselig, unter **der Flagge des Antifaschismus und der "Entscheidungen der Jugendlichen"** seinen Antikommunismus durchzusetzen!

Das ist **bürgerliche Jugendpolitik**: der Jugend vorzuschreiben, welche Reden von welchen Parteien sie sich anzuhören haben, antikommunistische Ausgrenzung, Schwächung des antifaschistischen Kampfes, indem die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus

betrieben wird, aggressive Hetze und Verunglimpfung von Marxisten- Leninisten, als wollten diese mit ihrem demokratischen Auftreten die Jugend dominieren.

Auch wenn diese Erpressungspolitik des Oberbürgermeisters dahinter steht, ist in keinster Weise zu rechtfertigen, wie sich **verschiedene Vertreter der Bezirksschülervertretung** (BSV) und der **SDAJ** (Sozialistische deutsche Arbeiterjugend, Jugendorganisation, die der DKP nahe steht) verhalten haben.

Sie haben versucht, ihre "Vorbote" mit Gewaltandrohungen, ("es wird unangenehm für euch werden") Drohungen, mit der Polizei gegen uns vorzugehen und teilweise **aggressiven** Angriffen durchzusetzen.

In gnadenloser Selbstüberschätzung schrieb uns Nico Quittmann von der BSV und SDAJ zum Verbot von Fahnen und Materialien politischer Organisationen: "Allen Ordnern ist aufgetragen, bei Missachtung dieser "Regeln " die betreffende Personen von der Aktion und Kundgebung zu entfernen." (Mail an den Rebell vom 28. Mai 2013)

Das ist undemokratisch und im **Widerspruch zu elementaren Versammlungsrechten**: In § 1 des Versammlungsgesetzes heißt es: "*Jedermann hat das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und an solchen Veranstaltungen teilzunehmen.*"

Bei öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel ist es nicht erlaubt, Personen oder Personengruppen von vornherein von der Teilnahme auszuschließen, schon gar nicht durch den Organisator oder den Leiter der Versammlung. Nur die Polizei dürfte bei "*gröblicher Störung*" eines "*ordnungsgemäßen Ablaufs*" Teilnehmer ausschließen. Natürlich haben wir nie gestört und hatten das auch nicht vor! Es ist ihre Sache, **opportunistische Politik zu betreiben**, sich vom OB den Takt diktieren zu lassen, sich dem modernen Armkommunismus anzupassen und den bürgerlichen Spielregeln unterzuordnen. Aber den **Ordnungsfaktor** im Namen dieser Kräfte zu spielen, die **Polizei auf Revolutionäre zu hetzen, aggressiv ausfällig vorzugehen**, das ist etwas anderes.

Das hat mit der selbst beschworenen "Demokratie und Toleranz" der BSV nichts mehr zu tun. Damit schwächen sie nicht nur diese wichtige Schüleraktion, sondern auch den antifaschistischen überparteilichen breiten Zusammenschluss in Solingen. Diese Leute müssen sich dafür verantworten, dass sie mit diesem durch sie **verursachten Eklat der ganzen Sache großen Schaden zugefügt haben**.

Übrigens: Haben sie sich auch nur im entferntesten so aufgeregt, dass ein CDU Oberbürgermeister die Demo für seine Reden "*nutzt*"? Oder war auch hier der Antikommunismus der Grund, statt wirkliche Angst vor Parteien? Auch dass die MLPD nun während der Demonstration als **einzige Partei** auftrat, haben die Vertreter dieser Ausgrenzungspolitik zu verantworten.

Viele Schüler sagten, sie hätten einen Vergleich der verschiedenen Parteien sehr interessant gefunden. Genau! Die jugendlichen haben **einen eigenen Kopf** und werden sich schon ihr Bild machen!

Parteifahnen oder nicht - Debatte schon seit Jahren:

Auch bei anderen Ereignissen, zum Beispiel Aktionen von "*bunt statt braun*" gab es in den vergangenen Jahren Streitereien bezüglich des Auftretens von Parteien und der MLPD. Nicht die MLPD ist "*bündnisunfähig*" - auch diese Darstellungen sollte vom Kopf auf die Beine gestellt werden. Diese Eskalationen haben alleine die zu verantworten, die antikommunistisch motiviert völlig unsinnige Verbote gegen das Auftreten von Parteien und vor allem der MLPD aussprechen.

Die, die zu diesem Thema am lautesten schreien, sind allesamt bürgerliche Politiker, insbesondere von CDU, SPD und Grünen, Es sind immer die, die sich dann selbst in den

Medien und bei den Veranstaltungen als Redner, Initiatoren usw. profilieren bzw. profiliert werden. Von Parteiunabhängigkeit oder gar unpolitischen Veranstaltungen kann also keine Rede sein. Parteien sind nun mal Realität in der Gesellschaft.

Soll doch jeder zeigen, wo er steht!

Schluss mit den durch Verbote provozierte Eskalationen!

Das würde den antifaschistischen Widerstand in Solingen erheblich stärken!

Wohin würde es übrigens führen, wenn sich das durchsetzt?

Dann hätten wir in Solingen eine Demonstrationskultur der Entpolitisierung.

Oder eine Demonstrationskultur mit Führungsanspruch der Veranstalter. Nämlich zu entscheiden, wer wo auftreten darf.

Und nicht zuletzt würde dadurch Zensur und antikommunistische Ausgrenzung, wie sie die bürgerlichen Medien betreiben, auch auf die Straße ausgeweitet.

Das steht im Widerspruch zu der in Deutschland gerade im antifaschistischen Kampf inzwischen etablierten überparteilichen Demonstrationskultur. Dresden, Köln, Wuppertal - dort, wo sich Breite und Überparteilichkeit bewusst gegen antikommunistische Spaltung durchgesetzt hat, sind auch die größten Erfolge im antifaschistischen Kampf zu verzeichnen «

- Die Vorgänge sind ein interessantes Beispiel, wie die bürgerliche Politik die Jugend an der Leine hält und ihnen keine selbständige Orientierung zutraut
- Revolutionäre Jugendpolitik fördert selbständiges Denken, schließt die Jugend zusammen und fordert offenen Meinungsstreit über die unterschiedlichen Positionen,
- Die MLPD wird gemeinsam mit ihrem Jugendverband Rebell offensiv Flagge zeigen im antifaschistische Kampf und anderswo!
- Schluss mit den unsinnigen und spalterischen antikommunistischen "Parteien" verboten auf Solinger Demonstrationen!
- Antifaschismus ist nicht vereinbar mit modernem Antikommunismus, Ausgrenzung und Führungsanspruch kleinbürgerlicher Kräfte!

Quelle: Bergische Arbeiterstimme Ausgabe vom 06. Juni 2013